Gemeinsam für die Kreisfamilie

Gruppenvereinbarung

zwischen

SPD – Anke Blume/FDP

und

CDU

Landkreis
Hameln-Pyrmont

I. Inhaltsverzeichnis

I. Inhaltsverzeichnis 3

II. Präambel 4

III. Allgemeine Grundsätze 5

A. Wehrhafte Demokratie 5

B. Respektvoller Diskurs im demokratischen Spektrum 5

C. Wertschätzung für Ehrenamt und gemeinschaftliches Engagement 5

D. Konstruktive Verwaltungskontrolle 5

E. Vorrang für Kommunalpolitik 5

IV. Inhaltliche Leitlinien 6

A. Interkommunale Zusammenarbeit 6

1. Kreiskonferenz 6
2. Bildungsregion 6
3. IT, Bauverwaltung und Wirtschaftsförderung 7

B. Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit 8

1. Jugend und Soziales 8
2. Gesundheitsversorgung 9

C. Energie, Umwelt, Katastrophenschutz und Mobilität 10

1. Energie und Umwelt 10
2. Zivilschutz 10
3. Mobilität und ÖPNV 11

D. Wohnen, Finanzen und Verwaltung 11

1. Bürgernahe, erreichbare und digitale Verwaltung 11
2. Strategische Neuausrichtung der KSG 11

E. Regionale Verantwortung, Kultur und Zukunftsprojekte 12

1. Nukleare Sicherheit und Umweltschutz: KKW Grohnde, Weser und Ith 12
2. Freiwillige Leistungen 13
3. Smart City 13

II. Präambel

Der Landkreis Hameln-Pyrmont steht vor tiefgreifenden demografischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Herausforderungen. Die Fraktionen der SPD – Anke Blume/FDP und der CDU schließen sich im Kreistag von Hameln-Pyrmont zu einer sachorientierten und verlässlichen Mehrheitsgruppe zusammen.

Getragen von Respekt für unterschiedliche politische Traditionen und dem gemeinsamen Willen, das Weserbergland zukunftssicher, lebenswert und wirtschaftlich stark aufzustellen, vereinbaren beide Fraktionen für die laufende Wahlperiode folgende Arbeitsgrundlagen.

III. Allgemeine Grundsätze

Für unser politisches Handeln vereinbaren wir folgende Grundsätze:

A. Wehrhafte Demokratie

Wir stehen unmissverständlich für den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und erteilen jeder Form von Antisemitismus, Rassismus, Faschismus und Menschenfeindlichkeit eine klare Absage. Aus dieser Überzeugung heraus gilt: Es gibt keine Zusammenarbeit mit Extremisten. Dies gilt in besonderer Weise für Parteien, Gruppierungen und Organisationen, die durch die Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestuft sind.

B. Respektvoller Diskurs im demokratischen Spektrum

Die politische Auseinandersetzung im Kreistag führen wir in der Sache engagiert und streitbar, im Ton jedoch stets von gegenseitigem Respekt, Anstand und Fairness geprägt. Wir pflegen einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kräften zum Wohl unseres Landkreises.

C. Wertschätzung für Ehrenamt und gemeinschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement und das Ehrenamt sind das tragende Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens im Weserbergland. Wir verpflichten uns zu einer Arbeitsweise, die ehrenamtlich Tätige aktiv einbindet, entlastet und wertschätzt. Ein besonderes Augenmerk gilt der Beteiligung und Mitnahme junger Menschen an demokratischen Prozessen und Entscheidungen.

D. Konstruktive Verwaltungskontrolle

Der Kreistag nimmt seine gesetzliche Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung gewissenhaft und lösungsorientiert wahr. Kritik und Steuerung erfolgen stets mit dem nötigen Respekt vor den Beschäftigten der Kreisverwaltung als Menschen, die täglich im Dienst der Allgemeinheit stehen.

E. Vorrang für Kommunalpolitik

Parteipolitische Kontroversen oder Meinungsverschiedenheiten anderer politischer Ebenen sollen die Handlungsfähigkeit, das Vertrauen und sachbezogene Entscheidungen vor Ort nicht beeinträchtigen.

IV. Inhaltliche Leitlinien

A. Interkommunale Zusammenarbeit

Die Mehrheitsgruppe aus SPD – Anke Blume/FDP und CDU tritt mit dem klaren Bewusstsein an, dass die Zukunftsaufgaben des Landkreises nicht durch kleinteilige Entscheidungen gelöst werden können. Um spürbare und nachhaltig positive Effekte für das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu erzielen, bedarf es des Mutes zu großen Würfen und zukunftsfesten, tragfähigen Strukturen.

Eine solche strukturelle Weiterentwicklung kann der Landkreis nicht alleine von oben herab verordnen. Sie gelingt nur im engen und vertrauensvollen Schulterschluss über alle politischen Ebenen hinweg. Eine partnerschaftliche und von Respekt getragene Zusammenarbeit – insbesondere mit den Hauptverwaltungsbeamten (HVBs) ist für uns daher eine zentrale Arbeitsgrundlage für die gesamte Wahlperiode.

1. Kreiskonferenz

Um diesen Austausch auf eine feste institutionelle Basis zu stellen, etablieren SPD und CDU die Kreiskonferenz. Zu diesem strategischen Forum laden die Fraktionen des Kreistages mindestens einmal jährlich die Hauptverwaltungsbeamten, Spitzen der Räte und die Kreisverwaltung ein.

Die Kreiskonferenz dient dem frühzeitigen und vertraulichen Austausch über strukturprägende Vorhaben mit kreisweiter Tragweite – insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Verwaltungszusammenarbeit, Bildung, sowie kommunale Finanzbeziehungen. Ziel ist es, gemeinsame Leitlinien zu verabreden, bevor Beschlüsse in den jeweiligen Vertretungen gefasst werden.

2. Bildungsregion

Die bisher stark zersplitterten Schnittstellen und getrennten Finanzierungsströme rund um den Schul- und Betreuungsalltag – insbesondere bei Klassenassistenzen, Integrationshilfen, Übergängen von der Kita in die Grundschule, der Ganztags- und Ferienbetreuung sowie der Schulverpflegung – wollen wir in einer gemeinsamen Trägerstruktur, etwa in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) oder eines vergleichbaren Modells, zusammenführen und gemeinsam finanzieren. Ausdrücklich festgehalten wird, dass die Schulträgerschaft hiervon unberührt

bleibt. Die neue Struktur dient der organisatorischen Bündelung, Qualitätsvereinheitlichung und planbarer Finanzierung. Unser niedersachsenweit einmaliges Konzept des „Chancenraum“ wollen wir verstetigen und entwickeln es dem Bedarf entsprechend weiter.

Darüber hinaus nehmen wir die Musikschulen im Landkreis in den Blick, die derzeit durch eine sehr heterogene Struktur bei Angeboten und Finanzierung geprägt sind. Auch wenn die primäre Finanzierung der Musikschulen keine Pflichtaufgabe des Landkreises darstellt, bekennen wir uns ausdrücklich zur hohen Bedeutung der musisch-kulturellen Bildungsarbeit und sehen die künftig herausgehobene Rolle der Musikschulen bei der Ausgestaltung des ganztägigen Betreuungsangebots. Um gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen zu einer dauerhaften, verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung der Musikschulen zu gelangen, vereinbaren wir, dieses Thema zu einem der ersten Beratungsschwerpunkte der neuen Kreiskonferenz zu machen.

3. IT, Bauverwaltung und Wirtschaftsförderung

a) IT-Infrastruktur

Mit der „Happy Schul-IT“ besteht bereits ein erfolgreiches Konstrukt der interkommunalen Zusammenarbeit. Dieses Modell wollen wir weiter ausbauen und prüfen, in welchen weiteren Verwaltungsfeldern gemeinsame IT-Lösungen, standardisierte Systeme und gebündelte Beschaffungen Synergien für Kreis und Kommunen heben können.

b) Bauverwaltung

Vor allem kleinere Kommunen stehen vor immensen Herausforderungen bei der Gewinnung von Fachkräften und der Bewältigung der wachsenden baurechtlichen und planerischen Aufgaben. Um Verfahren zu beschleunigen und Ausfälle zu vermeiden, wollen wir gemeinschaftlich mit den Städten und Gemeinden tragfähige, gemeinsame Strukturen erarbeiten – etwa durch interkommunale Fachpools für Spezialaufgaben und verlässliche Vertretungsregelungen.

c) Wirtschaftsförderung

Zur Stärkung der regionalen Wirtschaft erleichtern wir die Akquise und Beantragung von Fördermitteln durch den Aufbau einer kreisweiten Förderagentur, die Kommunen und Unternehmen praxisnah unterstützt. Zudem rufen wir einen Wirtschaftsbeirat ins Leben, über den Unternehmerinnen und Unternehmer strukturelle Hindernisse für den wirtschaftlichen Erfolg auf direktem Weg mit der Verwaltung besprechen und praxistaugliche Lösungen anstoßen können.

B. Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit

1. Jugend und Soziales

Eine wirksame Sozial- und Familienpolitik investiert frühzeitig, bevor Probleme und Folgekosten unkontrollierbar werden. Die Mehrheitsgruppe setzt auf verlässliche Strukturen für Familien, den gezielten Ausbau präventiver Angebote, personelle Kontinuität, starken Kinderschutz sowie eine flächendeckende, zukunftssichere medizinische Versorgung im gesamten Landkreis.

Wir wollen das Programm „Fit mit 4“ wieder einführen, um den Entwicklungsstand von Kindern frühzeitig und ganzheitlich zu erfassen und Förderbedarfe rechtzeitig vor dem Schuleintritt gezielt zu begleiten.

Die kontinuierlich steigenden Fallzahlen und die damit einhergehenden, immensen Kosten in der Jugendhilfe dürfen sich so nicht fortschreiben. Durch wirksame Frühförderung und passgenaue Hilfen im Vorfeld wollen wir den Trend hin zu immer mehr und kostenintensiveren stationären Maßnahmen nachhaltig stoppen.

Gemeinsam mit regionalen Trägern und Anbietern in der Jugendhilfe schaffen wir ein stationäres Unterbringungsangebot für extrem herausfordernde Kinder und Jugendliche.

Die Leistungsfähigkeit der Jugendhilfe steht und fällt mit ihren Beschäftigten. Im Jugendamt und den angrenzenden Fachbereichen leiten wir Maßnahmen ein, um die Personalsituation dauerhaft zu stabilisieren und die hohe Fluktuation spürbar zu durchbrechen.

Um neue Lösungsansätze für Steuerung, Arbeitsorganisation und Fallmanagement kennenzulernen, wird die Gruppe bereits im kommenden Jahr gezielte Bereisungen durchführen. Wir werden erfolgreiche Best-Practice-Modelle anderer Kommunen vor Ort analysieren und auf ihre Übertragbarkeit auf Hameln-Pyrmont prüfen.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ist uns ein zentrales Anliegen. Die Gruppe unterstützt den dafür in Hameln gegründeten Verein zur Förderung einer kindgerechten Justiz politisch mit Nachdruck.

Die Änderungen auf Landesebene sind für uns kein Anlass, um die Unterstützung des Frauenhauses Hameln zurückzufahren. Im Gegenteil wollen wir die Hilfen für Frauen mit Gewalterfahrung und die Prävention von Gewalt jeder Art gegenüber Frauen und Mädchen zielgerichtet ausbauen.

2. Gesundheitsversorgung

Zur Sicherung der stationären Versorgung im Weserbergland starten wir eine konzertierte Aktion über alle politischen Ebenen hinweg. Wir begleiten die zukunftsfähige Weiterentwicklung unserer Klinikstandorte aktiv und wirken insbesondere an der Umsetzung des Zukunftskonzepts „Sana 2.0“ mit.

Die größte strukturelle Herausforderung der kommenden Jahre liegt in der Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten Versorgung – insbesondere bei Hausärzten, Kinderärzten sowie in spezialisierten Facharztrichtungen, aber auch bei Hebammen und der Ausbildung von Physiotherapeuten.

Der Landkreis wird sein gesamtes politisches Gewicht einsetzen, um gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung zu einer echten Neuausrichtung des Systems zu kommen. Starre Bedarfsplanungen müssen überwunden und neue Wege (wie kommunale bzw. genossenschaftliche Medizinische Versorgungszentren, Stipendienprogramme oder flexible Praxismodelle) aktiv vorangetrieben werden.

Um älteren Menschen im Landkreis Hameln-Pyrmont möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen, wollen wir die vorpflegerische Unterstützung stärken. Wir prüfen die Einführung aufsuchender Beratungs- und Unterstützungsmodelle – nach dem Vorbild erfolgreicher Konzepte wie „Gemeindeschwester plus“ –, um insbesondere im ländlichen Raum Angehörige frühzeitig zu entlasten und den Eintritt von Pflegebedürftigkeit sowie den Rückgriff auf ambulante Pflegedienste hinauszuzögern.

C. Energie, Umwelt, Katastrophenschutz und Mobilität

1. Energie und Umwelt

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung, gewerbliche Ansiedlungen sowie die Dekarbonisierung stoßen im Landkreis an Grenzen, da im Mittelspannungsnetz kaum noch freie Einspeise- und Entnahmekapazitäten zur Verfügung stehen.

Wir starten daher eine über alle politischen Ebenen hinweg geführte konzertierte Aktion mit Verwaltung, Wirtschaft und Netzbetreiber. Ziel muss es sein, mit Westfalen Weser Energie (WWE) zeitnah verbindliche Ausbauzusagen und Investitionszeitpläne für das Mittelspannungsnetz im Landkreis Hameln-Pyrmont zu vereinbaren.

Bei Renaturierungsmaßnahmen und der Bereitstellung von Ausgleichsflächen setzen wir statt auf viele kleinteilige und zersplitterte Einzelmaßnahmen künftig auf größere, zusammenhängende Projekte mit spürbarem ökologischem Nutzen.

Wir etablieren eine für den Bürger transparente, mehrjährige Maßnahmenplanung, die insgesamt auch den Naturpark Weserbergland ökologisch aufwertet und als naturnahen Lebens- und Erholungsraum strategisch voranbringt.

2. Zivilschutz

Wir heben die Bedeutung der Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und Ortsräte ausdrücklich hervor und binden sie systematisch als feste Ansprechpartner in Notfall- und Kommunikationskonzepte ein.

Die Vorgaben und Handlungsempfehlungen von Bund und Land – insbesondere hinsichtlich Zivilschutz, Notfallplänen und Bevorratung – werden im Kreistag strukturiert beraten und in konkrete kreiseigene Maßnahmen überführt.

Unter Berücksichtigung der Transformation bei Energieträgern und Antriebstechniken erarbeiten wir sektorübergreifende Notfallkonzepte:

- Sicherstellung der Handlungsfähigkeit von Bussen und Leitstellen auch bei Stromausfall zur Gewährleistung von Notverkehren und Evakuierungen.
- Aufrechterhaltung der operativen Betriebsbereitschaft der Abfall- und Entsorgungswirtschaft in Notlagen zur Abwehr von Hygiene- und Seuchenrisiken.

3. Mobilität und ÖPNV

Die Überplanung des Liniennetzes treiben wir entschlossen voran. Dies geschieht unter frühzeitiger, transparenter Information und Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft wollen wir die ÖPNV-Anbindung gezielt an Tagesrandlagen (z. B. für Schichtbetriebe) verbessern und schaffen passgenaue, bezahlbare Mobilitätslösungen für Auszubildende. Beim freigestellten Schülerverkehr prüfen wir, inwieweit Teile dieser Verkehre künftig wirtschaftlich und organisatorisch durch die Öffis in Eigenregie erbracht werden können.

D. Wohnen, Finanzen und Verwaltung

Eine transparente, bürgernahe Verwaltung, innovative Ansätze für Wohnraumgewinnung und eine solide, krisenfeste Finanzpolitik sind die Grundlagen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Landkreises.

1. Bürgernahe, erreichbare und digitale Verwaltung

Erreichbarkeit und Transparenz: Die Verwaltung muss für die Bürgerinnen und Bürger verlässlich ansprechbar sein. Als Sofortmaßnahme werden die konkreten fachlichen Zuständigkeiten sowie direkte Telefondurchwahlen transparent und öffentlich zugänglich gemacht. Dies gilt besonders für publikumsstarke Verwaltungsbereiche wie der KFZ-Zulassungsstelle.

Der Webauftritt und die digitalen Serviceportale des Landkreises werden grundlegend überarbeitet. Ziel ist eine intuitive Struktur, über die Informationen, Anträge und Dienstleistungen schnell, einfach und barrierefrei auffindbar sind.

2. Strategische Neuausrichtung der KSG

Die Kreissiedlungsgesellschaft (KSG) wird einer umfassenden Aufgaben- und Strukturanalyse unterzogen, um ihre Rolle auf dem regionalen Wohnungsmarkt zukunftsfähig zu definieren.

Neben dem klassischen Neubau bezahlbaren Wohnraums entwickelt sich die KSG zu einer aktiven Wohnraumagentur weiter. Sie soll insbesondere bisher ungenutzten privaten Wohnraum und Leerstände im Bestand durch Beratungs-, Vermittlungs- und Absicherungsmodelle aktivieren und dem Wohnungsmarkt zuführen.

Zur Finanzierung größerer Wohnbauprojekte prüfen wir die Errichtung eines regionalen Investfonds. Dieser soll es Bürgerinnen und Bürgern, der regionalen Wirtschaft sowie dem Landkreis ermöglichen, gemeinsam Kapital für die Schaffung zukunftsfähigen und bezahlbaren Wohnraums im Kreisgebiet bereitzustellen.

Zur Bewältigung struktureller Leerstände und städtebaulicher Problemimmobilien im ländlichen Raum prüfen wir die Einführung eines Rückbaufonds nach Vorbild des Landkreises Holzminden. Damit sollen dauerhaft ungenutzte Immobilien rückgebaut und Flächenpotenziale in den Ortskernen neu geordnet werden.

E. Regionale Verantwortung, Kultur und Zukunftsprojekte

Der Landkreis Hameln-Pyrmont zeichnet sich durch eine starke regionale Identität, gewachsene soziale und kulturelle Netzwerke sowie ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement aus. Die Mehrheitsgruppe schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, erhält das kulturelle Erbe und sichert zukunftsweisende Projekte nachhaltig ab.

1. Nukleare Sicherheit und Umweltschutz: KKW Grohnde, Weser und Ith

Wir begleiten den Rückbau des Kernkraftwerks Grohnde engmaschig und vertreten die Sicherheits- und Entlastungsinteressen des Landkreises mit Nachdruck. Es bleibt dabei: Das Zwischenlager Grohnde darf unter keinen Umständen zu einem dauerhaften Endlager werden. Der Bund steht in der Pflicht, zügig tragfähige bundesweite Endlagerlösungen umzusetzen.

Schutz der Weser: Wir setzen den konsequenten Widerstand gegen die weitere Versalzung der Weser fort. Der gute ökologische Zustand unseres Heimatflusses hat oberste Priorität; zusätzliche Einleitungen von Salzabwässern lehnen wir strikt ab.

Keine Deponie am Ith: Die geplante Deponie am Ith lehnen wir weiterhin entschieden ab. Der Schutz von Natur, Landschaftsbild, Trinkwasservorkommen und die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner im Ith-Gebiet stehen einem solchen Vorhaben entgegen.

Starkregenvorsorge und Hochwasserschutz: Die bisher geplante Maßnahme zwischen Amelgatzen und Hämelschenburg verfolgen wir nicht weiter. Gleichwohl erkennen wir die zunehmende Häufigkeit von Starkregenereignissen und deren gravierende Folgen

ausdrücklich an und messen dem vorbeugenden Hochwasserschutz in unserer Region eine hohe Priorität bei. Wir treten daher kreisweit mit den Städten und Gemeinden in einen engen Dialog, um für besonders betroffene Abschnitte – wie beispielsweise in Teilen der Emmer – passgenaue lokale Lösungen zu entwickeln, die wirksamen Hochwasserschutz, Belange des Naturschutzes und die örtlichen Entwicklungsmöglichkeiten ausgewogen miteinander in Einklang bringen.

2. Freiwillige Leistungen

Im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises halten wir an der Unterstützung sozialer, kultureller und jugendfördernder Einrichtungen fest:

Wir sichern den Erhalt soziokultureller Zentren wie des Kultur- und Kommunikationszentrums Sumpfblume und radio aktiv. Die Jugendbegegnungsstätte Lauenstein wird als Begegnungs- und Freizeitort für junge Menschen weiter gefördert.

Wir unterstützen den Erhalt historisch und touristisch bedeutsamer Infrastruktur wie der Weserfähre in Hessisch Oldendorf. Die besondere Bedeutung der Kurorte – allen voran des Staatsbads Bad Pyrmont – für Gesundheit, Tourismus und Wirtschaftskraft des Landkreises wird politisch aktiv flankiert.

Der Lern- und Dokumentationsort Bückeberg ist ein bundesweit beachteter, zentraler Baustein der historisch-politischen Bildungsarbeit und Erinnerungskultur in unserer Region. Wir unterstützen die Einrichtung weiterhin und entwickeln sie als lebendigen Lern- und Begegnungsort für Schulklassen, Fachpublikum und Bürgerinnen und Bürger dauerhaft weiter.

Wir richten auch in Zukunft einen Arbeitskreis Haushalts-konsolidierung ein.

3. Smart City

Die im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Smart City“ eingeworbenen Fördermittel setzen wir mit maximalem Mehrwert für den ländlichen Raum ein. Die im Projekt entstandenen regionalen Anlaufstellen (Regiohubs) haben sich als dezentrale Arbeits- und Begegnungsorte für die Bürgerschaft bewährt. Wir stellen deren dauerhafte Funktionsfähigkeit sicher und nutzen sie als feste Bausteine moderner Daseinsvorsorge vor Ort.

Hameln, den 29. Oktober 2026

_____

Barbara Fahncke,

SPD-Unterbezirksvorsitzende Hameln-Pyrmont

_____

Hans-Ulrich Siegmund,

CDU-Kreisverbandsvorsitzender

_____

Constantin Grosch,

SPD-Anke Blume/FDP-Kreistagsfraktionsvorsitzender

_____

Dirk Wöltje,

stellv. CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender